

Pressemitteilung

Hamburg, 15. Juni 2010
#284

Krankenhäuser und Arztpraxen: LINKE fordert bessere medizinische Versorgung

Gegenwärtig wird der Hamburger Krankenhausplan für die nächsten fünf Jahre fortgeschrieben. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist eine bürgernahe und patientenorientierte Planung nötig. So fordert die Fraktion, dass die ambulante und stationäre Versorgung besser miteinander verzahnt werden.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE den Antrag „Krankenhausplanung als Sektor übergreifende ambulant/stationäre bürgernahe Bedarfsplanung für Hamburg“ (Drs. 19/6388) eingebracht und für die morgige Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft zur Debatte angemeldet (TOP 31).

„Der Senat hat jetzt – und nur jetzt – die Gelegenheit, dass Hamburg Fehler aus der Vergangenheit wie die Privatisierung der Krankenhäuser – zumindest teilweise korrigiert und für sozial schwache Stadtteile Verbesserungen erwirkt“, erklärt Kersten Artus, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Punktuell existiert bereits eine Koordinierung zwischen den niedergelassenen ÄrztInnen und den Krankenhäusern. Jedoch sollte die integrierte Versorgung Planungsgrundsatz sein. Dies würde eine bessere Nutzung der ambulant-stationären personellen und gerätetechnischen Ressourcen bündeln. Dies würde vor allem Patienten und Patientinnen nützen. Eine bürgernahe, kleingliedrige Bedarfsplanung entspricht dem wachsenden Anteil der immer mehr älteren, multimorbiden und pflegebedürftigen Patienten und Patientinnen und der migrantischen Bevölkerung. Ein effizienterer Mitteleinsatz würde sich zudem Kosten sparend für die Krankenkassen auswirken.

Die Linksfraktion fordert deswegen, dass neben Krankenhausesellschaft und Krankenkassen auch die Kassenärztliche Vereinigung und Landesärztekammer bei den Planungen auf Augenhöhe einbezogen werden.

Artus weiter: *„Der im Gesundheitswesen herrschende Wettbewerb nährt Misstrauen und ist auf Dauer ruinös für das System. Hinter den Krankenhäusern mit Ausnahme des UKE stehen private Konzerne, deren Lobbyismus nicht zu unterschätzen ist. Im niedergelassenen Bereich sind etwa 4000 ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen tätig, die in der Regel EinzelkämpferInnen sind. Mit der Öffnung der Krankenhäuser zur ambulanten Behandlung bestimmter hochspezialisierter Erkrankungen hat der ‚Kampf‘ um den Patienten und die Patientin an Schärfe zugenommen, wie man an den sogenannten Fangprämien sieht. Angeheizt wird dies durch die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die von Kliniken betrieben werden. Von den in Hamburg betriebenen 40 MVZs gehören die meisten Asklepios – der auch den ehemaligen Landesbetrieb Krankenhäuser betreibt.“*

Kontakt: Martin Bialluch, Pressesprecher, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil: 0179 / 312 85 83
Telefax 040 / 42 831 2255, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg